Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin
Ausschuss für Soziales und Wohnen

Schwerin, 2007-02-02
Bearbeiter: Frau Winter

Telefon: 545 - 2166
e-mail: AWinter@schwerin.de

P r o t o k o l l
über die 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 11.01.2007

Beginn: **18:00 Uhr**

Ende: **20:00 Uhr**

Ort: **Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)**

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika	Die Linkspartei.PDS	bis zum TOP 6

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr.	Unabhängige Bürger	

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr.	CDU	ab TOP 6 Übernahme der Leitung der Sitzung

ordentliche Mitglieder

Bemmann, Annegret	SPD
Brill, Anna	Die Linkspartei.PDS
Riedel, Georg-Christian	CDU
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Berger, Sabine	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hubert, Rudolf	
Marksteiner, Klaus	Die Linkspartei.PDS
Meslien, Daniel	SPD
Schulz, Andreas	Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen

Corbie, Birgit
Junghans, Hermann
Subke, Bärbel

Gäste
Heydorn, Jörg

Leitung: **Erika Sembritzki**

Schriftführer: **Annika Winter**

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 36. Sitzung vom 14.12.2006 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Vergabe Fördermittel / vorläufige Haushaltsführung

4. Änderungen der Richtlinie Behindertenfahrdienst
- Wiedervorlage aus der 36. Sitzung am 14. Dezember 2006, TOP 3 -

5. Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU) an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (Bezieher von Leistungen nach den Bestimmungen des SGB XII)

6. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

7. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

7.1. Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)
Budgetierung - Erfüllungsbericht
Berichtszeitraum 01.01.-30.09.2006
Vorlage: 01366/2006
II / Lenkungsgruppe Strategische Steuerung

8. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

8.1. Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01350/2006
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte Antrag der Fraktion Die Linke.PDS
Wiedervorlage aus der 34. Sitzung am 16.11.2006, TOP 8.1

8.2. Keine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH
Vorlage: 01425/2006
Fraktionen/Stadtvertreter/Ortsbeiräte Antrag der Fraktion Die Linke.PDS

9. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 37. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, sowie die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zur Tagesordnung schlägt Herr Block vor, den Tagesordnungspunkt 8.1 zurückzustellen, da eine Konzeption seitens des Antragstellers noch nicht vorgelegt werden konnte.
Weiterhin beantragt Herr Baumotte die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes 3.1 „Vergabe Fördermittel“.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 36. Sitzung vom 14.12.2006 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Ergänzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Die Verwaltung informiert zunächst darüber, dass am 31. Januar 2007 im Schleswig-Holstein-Haus die regionale Jugendkonferenz stattfinden wird. Veranstalter sind die Landeshauptstadt Schwerin, die Agentur für Arbeit Schwerin und die Arbeitsgemeinschaft Schwerin.

Die Verwaltung informiert weiter zur vorläufigen Haushaltsführung.
Sie führt aus, dass während der vorläufigen Haushaltsführung Ausgaben für 2007 nur geleistet werden dürfen, zu deren Leistung die Kommune gesetzlich verpflichtet oder bei Beginn des Haushaltsjahres vertraglich verpflichtet sei bzw. die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar seien (§ 51 KV M-V).
Demnach können Zuwendungen an die Schwangerschaftskonfliktberatung ausgezahlt werden, da eine gesetzliche Verpflichtung bestehe. Ebenfalls kann eine Auszahlung an das Frauenhaus, aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung erfolgen, wobei die Höhe der vertraglichen Bindung noch beziffert werden müsse.

Der Beigeordnete, Herr Junghans, erläutert weiter, dass für alle anderen Vereine und Verbände noch vor Ende Januar 2007 eine rechtliche Bewertung vorgenommen und entsprechende Regelungen getroffen werden.
In diesem Zusammenhang berichtet Frau Sembritzki über das Gespräch mit dem Oberbürgermeister in der Fraktionssitzung. Dieser hätte ebenfalls versichert, dass alles rechtlich mögliche versucht würde, um das Wegbrechen von geschaffenen Strukturen zu verhindern.

Herr Baumotte berichtet von einer kurzfristigen Sondersitzung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu dieser Thematik. Die Ergebnisniederschrift wird verteilt und zum Protokoll genommen (Anlage 1).

Einige Ausschussmitglieder fragen nach, ob davon ausgegangen werden dürfe, dass Vereine und Verbände, welche die Zeit bis zur Genehmigung des Haushaltes finanziell nicht überstehen werden, Mittel ausgezahlt bekämen.
Herr Junghans wiederholt, dass für alle Vereine und Verbände eine rechtliche Bewertung vorgenommen und entsprechende Regelungen getroffen werden. Über die rechtlichen Möglichkeiten hinaus, könne die Verwaltung nicht tätig werden.

Auf den Vorschlag verschiedener Ausschussmitglieder wird Frau Sembritzki eine Pressemitteilung fertigen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Herr Block stellt fest, dass der TOP 3.1 damit erledigt ist.

zu 3.1 Vergabe Fördermittel / vorläufige Haushaltsführung

Bemerkungen:

Siehe unter 3.

zu 4 Änderungen der Richtlinie Behindertenfahrdienst

Bemerkungen:

Der Leiter des Amtes für Soziales und Wohnen, Herr Block, führt aus, dass die Verwaltung die Richtlinie im Sinne des Ausschusses nochmals angepasst habe. Die nicht genutzten Fahrten im jeweiligen Monat werden nicht verfallen, das heißt, eine Übertragung auf den nächsten Monat ist zulässig. Insgesamt können 48 Fahrten im Jahr bzw. ein entsprechender Anteil ab Antragstellung in Anspruch genommen werden.
Der eingeholten Stellungnahme des Behindertenbeirates (Anlage 2) wurde somit gefolgt.

Beschluss:

Der vorgelegten Richtlinie zur Nutzung des individuellen Behindertenfahrdienstes der Landeshauptstadt Schwerin in der Fassung vom Dezember 2006 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

zu 5 Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU) an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige (Bezieher von Leistungen nach den Bestimmungen des SGB XII)

Bemerkungen:

Die Verwaltung berichtet, dass auch die Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII hinsichtlich der Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung überprüft wurden.
In 76 Fällen sei eine Überschreitung der angemessenen Aufwendungen zu verzeichnen. Auch bei wohlwollender Auslegung konnten die nichtangemessenen Aufwendungen in 38 Fällen nicht anerkannt werden, so dass hier eine Kürzung erfolgen werde.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 6 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

1. Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen für Unterkunft und Heizung

Die Verwaltung führt aus, dass eine abschließende verwaltungsinterne Abstimmung zur Anpassung der Richtlinie bisher noch nicht erfolgen konnte. Voraussichtlich werde dies im Februar 2007 geschehen.
Die ARGE Schwerin wurde jedoch angewiesen, dass ab 1. Januar 2007 bereits 0,30 Euro/qm zusätzlich zu berücksichtigen seien. Damit werde den erhöhten Betriebskosten, als auch der Mehrwertsteuererhöhung Rechnung getragen.

2. Haushalt ARGE 2007 / Eingliederungsmittelverordnung 2007

Die Verwaltung berichtet, dass in den Bundeshaushalt 2007 für Eingliederungsmaßnahmen für erwerbsfähige Hilfebedürftige 6,5 Mrd. Euro eingestellt wurden. Davon seien 1,025 Mrd. Euro für eventuelle Mehrausgaben beim Arbeitslosengeld II und 25 Mio. Euro für besondere Problemlagen gesperrt. Für Schwerin ergebe sich unter der anteiligen Berücksichtigung der Sperre ein Betrag in Höhe von 17.355.750 Euro für Eingliederungsmaßnahmen, ohne diese Sperre ein Gesamtvolumen in Höhe von 20,6 Mio. Euro.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 7 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

zu 7.1 Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR)
Budgetierung - Erfüllungsbericht
Berichtszeitraum 01.01.-30.09.2006
Vorlage: 01366/2006

Bemerkungen:

Frau Corbi, als Vertreterin der Lenkungsgruppe Strategische Steuerung, stellt den Erfüllungsbericht zur Budgetierung für den Berichtszeitraum vom 1. Januar bis zum 30. September 2006 vor und Beantwortet Fragen hierzu.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 8 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 8.1 Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 01350/2006

Bemerkungen:

Der Tagesordnungspunkt 8.1 „Studie zur Kinderarmut in der Landeshauptstadt Schwerin“, ein Antrag der Fraktion Die Linkspartei.PDS, wird zurückgestellt. Eine Konzeption konnte seitens des Antragstellers noch nicht fertiggestellt werden.

zu 8.2 Keine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH
Vorlage: 01425/2006

Bemerkungen:

Frau Brill, als Vertreterin der Fraktion Die Linkspartei.PDS, erläutert den Antrag. Die Fraktion sei grundsätzlich gegen eine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH, somit soll der Oberbürgermeister aufgefordert werden, der Stadtvertretung keinen Grundsatzbeschluss vorzulegen.
Gegen die Formulierung des Beschlussvorschlages haben einige Ausschussmitglieder bedenken. Herr Meslien schlägt vor, zu formulieren, dass die Stadtvertretung eine Teil- oder Vollprivatisierung der WGS mbH ablehnt.
Frau Brill wird die Problematik in der Fraktion besprechen. Da eine Beschlussfassung zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, wird der Antrag zurückgestellt.

Beschluss:

Eine Beschlussfassung ist zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Der Antrag wird zurückgestellt und in der nächsten Sitzung nochmals beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

zu 9 Sonstiges

Bemerkungen:

Es hat keine Wortmeldungen gegeben.

gez. Erika Sembritzki	gez. Annika Winter
Vorsitzende/r	Protokollführer